

Die Europäische Union nach dem Brexit

Sehen

Für viele Anhänger ist die Europäische Integration ein „Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Präambel Lissaboner Vertrag) - ein geschichtsphilosophisches Projekt. Für diese war der Brexit genauso ein Schock, wie es für jeden gläubigen Sozialisten im Ostblock schockierend gewesen war, dass die Arbeiterschaft in Opposition zur vorgeblichen „Arbeiterherrschaft“ ging und das sozialistische System damit letztlich zum Zusammenbruch führte.

Der Brexit sollte Anlass geben, in einer nüchternen Betrachtung die bisherigen Errungenschaften und Verdienste der EU - ebenso wie ihrer Defizite - zu benennen. An erster Stelle wird immer **Frieden** genannt. Dabei gehören die meisten EU-Länder der NATO an und selbst nach einer Auflösung der EU würden nicht gleich NATO-Partner übereinander herfallen.

Ein immer engerer Zusammenschluss wird auch mit der Selbstbehauptung Europas im globalen Kontext begründet. Indem die EU stetig neue Länder integrieren wollte, hat sie – weil sie die Warnungen Putins nicht ernst genommen hat – die Ukraine ins Chaos gestürzt. Einige EU-Länder haben zwar in Libyen Gaddafi gestürzt, in der Folge jedoch keinen Beitrag zu einer stabilen Neuordnung geleistet.

Auf anderen Gebieten der globalen Politik (Internationales Strafrecht, Umweltpolitik, Welthandel, Entwicklungspolitik) hat die EU (etwa im Vergleich zur USA) eine konstruktive Rolle gespielt. Durch den freien Binnenmarkt ist der Wohlstand gefördert worden.

Durch die fortlaufende Erweiterung der EU sind aber die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der Gemeinschaft, die politischen Kulturen, interne Strukturen und Wertvorstellungen sowie das Europa-Verständnis immer heterogener geworden.

- Ökonomisch schwankt der Mindestlohn zwischen einem (Rumänien, Bulgarien) und elf Euro (Luxemburg) oder Nationaleinkommen Pro-Kopf zwischen 5.900 Euro (Bulgarien) und 87.000 Luxemburg. Die Schattenwirtschaft (Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit) wird in Österreich auf 7,8%, in Griechenland aber 22%, Italien 20,1% oder Spanien 17,9% des Bruttoinlandsprodukts geschätzt.
- Die Bedeutung marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrument und von Staatseinfluss in der Wirtschaft, Staatsverschuldung, Inflation etc. sowie das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern der Länder (Sozialpartnerschaft), das berufliche Ausbildungswesen etc. sind unterschiedlich.
- Die Arbeitsmarktorganisation in den einzelnen EU-Ländern ist so unterschiedlich, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland 7,7%, in Spanien oder Griechenland 52% beträgt. Während in Deutschland die Jugendarbeitslosenquote lediglich 60% höher als die der Erwachsenen ist, ist sie in Italien 400% höher.
- Das Verhältnis zum Rechtsstaat unterscheidet sich gravierend, wenn man z. B. Berichte von Amnesty International, den Index von Transparency International (Platz 1: Dänemark, Platz 58: Griechenland und Rumänien, Platz 61: Italien und Platz 69: Bulgarien), Pressefreiheit (1. Platz: Finnland bis Platz 77: Italien) betrachtet. Nach einem Demokratie-Index steht Schweden auf dem 2. Platz. Von den 28 EU-Ländern werden lediglich 11 EU-Länder als vollständige Demokratien angesehen, die Mehrheit als unvollständige Demokratien mit Rumänien erst an 57. Stelle.

- Die Gefangenenrate (Häftlinge pro 100 000 Einwohner) schwankt von 254 (Litauen), Estland (223), Deutschland (76) bis hin zu Dänemark (61), Finnland (55) und Schweden (53).
- Ebenfalls ist die politische Kultur unterschiedlich im demokratischen Charakter der politischen Parteien (innerparteiliche Demokratie statt klientelistische Parteienstrukturen), impliziter Gewaltenteilung (z. B. zwischen Medienmacht und politischen Ämtern – Stichwort Berlusconi). Während in einigen Ländern Personen aus dem öffentlichen Leben zurücktreten müssen, wenn Ermittlungen gegen sie eingeleitet werden (siehe das Beispiel Christian Wulff), können sich Andere politisch betätigen und für sich selbst sogar Amnestien / Strafmilderung durchsetzen (Berlusconi).
- Das Verhältnis zur eigenen Nation und die Akzeptanz gegenüber Zuwanderern ist sehr unterschiedlich, wie sich in der Flüchtlingskrise 2015/16 gezeigt hat.

Diese Heterogenität ist bekannt und wurde in Rechnung gestellt, als z. B. noch nicht gefestigte Demokratien mit Griechenland 1981 oder Spanien und Portugal 1986 aufgenommen wurden. Dies galt ebenfalls 2004 und 2007 für Staaten Mittel- und Osteuropas. Dabei war die Erwartung, dass eine Mitgliedschaft in der EU in den neuen EU-Ländern zu einer Annäherung an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder eine gemeinsame Wirtschaftsphilosophie führt und die Offenheit gegen andere Nationen gefördert würde. Die Möglichkeiten und das Tempo wurden allerdings weit überschätzt.

Obwohl Italien bereits seit der Gründung der EU 1958 der Gemeinschaft angehört und seither Milliarden-Subventionen zur Entwicklung des Mezzogiorno gezahlt wurden, hat sich dort kein grundlegender Wandel vollzogen, weil z.B. aus EU-Investitionen Schutzgelder an die Mafia gezahlt werden oder systematischer Betrug bei EU-Agrarsubventionen (Abrechnungen von Flächen, die nicht existieren) praktiziert wird. Die EU-Regional- und Strukturpolitik bedient sich einer rechtsstaatlichen und demokratischen Fiktion, indem nicht primäre Ursachen der Rückständigkeit von Regionen bzw. Ländern, wie korrupte und klientelistische Strukturen in der Politik, ineffiziente Behörden und Herrschaft krimineller Banden, bekämpft werden. Sozialkapital kommt im Vertrauen der Bürger untereinander und im Vertrauen zu Recht und staatliche Institutionen zum Ausdruck. Wenn in bestimmten EU-Ländern von den Bürgern der Staat eher als Feind angesehen wird, den man ausplündert (Betrug bei Subventionen und Sozialleistungen), den eigenen Beitrag verweigert (Steuerhinterziehung) und mit dem man nicht kooperiert (z. B. Polizei bei Verbrechensbekämpfung), während in anderen Ländern (Skandinavien) die Bürger ihrer Regierung vertrauen und bspw. hohe Steuern zahlen, ist eine gemeinsame EU-Rechtsordnung eine Fiktion oder notdürftig aufrechterhaltende Fassade.

Entscheidend für den gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union ist, dass durch die Mitgliedschaft in der EU, Interaktion der politischen Eliten, Mobilität von EU-Bürgern (Erasmus-Programme) und Einwirkungen aus Brüssel (z. B. bei Strukturhilfen) Modernisierungsprozesse angestoßen werden. Wie das Beispiel Süditalien zeigt, sind Wandlungsprozesse langwierig und selbst nach 60 Jahren nicht zwangsläufig erfolgreich.

Das Ansehen der Europäischen Union leidet daran, dass dort, wo Gemeinsamkeiten sinnvoll sind (Mindestbesteuerung von Unternehmen im EURO-Raum), keine gemeinsamen Handlungen erfolgen, sondern eine Ausbeutung der Großen (Deutschland, Frankreich etc.) durch die Kleinen (Luxemburg, Irland, Niederlande) stattfindet. Die Berufung des „Chefstrippenziehers“ der europaweiten Steuerverlagerung durch Konzerne, Jean-Claude Juncker, zum Kommissionsvorsitzenden mindert das Vertrauen in politische Institutionen zusätzlich. In anderen Fällen ist das Regelwerk der EU unvollkommen und wird trotz erwiesenen Bedarfs nicht eingeführt (etwa Staatsinsolvenzvorschriften als logische Folge einer No-Bail-Out-Klausel).

Es ist damit sozialwissenschaftlich festzuhalten, dass die Wertvorstellungen der Bevölkerungen der einzelnen EU-Länder, die Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft, die demokratische Öffentlichkeit,

die Wirtschaftskultur sowie die Einstellung zu politischen Institutionen und Staat sehr heterogen sind und sich erheblich langsamer – wenn überhaupt – annähern, als die rechtliche und ökonomische Integration (EURO) vorangeschritten ist.

Urteilen

In der Soziallehre der Kirche ist – in Deutschland vor allem mit Bezug auf Böckenförde – darauf verwiesen worden, dass ein Staat bzw. eine politische Gemeinschaft nicht allein ökonomisch-funktionalistisch oder durch rechtliche Regelungen zusammengehalten werden kann, sondern eines gemeinsamen Wertefundaments bedarf. Innerhalb christlicher Kirchen in Europa gibt es durch die Orthodoxie, die Kirchen der Reformation und die Katholische Kirche bereits eine große Heterogenität. Dies gilt auch innerhalb der jeweiligen Kirchen. Vielfältige Treffen europäischer Bischöfe und Laien innerhalb der COMECE haben deutlich gemacht, wie stark sie sich hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Patriotismus und Nationalismus sowie im Staats-Kirchen-Verhältnis unterscheiden. In Deutschland war der Eindruck entstanden, dass die von den deutschen COMECE-Vorsitzenden Hengsbach, Homeyer oder Marx vorgebrachten Positionen mehr als die Wunschvorstellungen deutscher Katholiken auf Europa sind, sondern sowohl von Gläubigen als auch Bischöfen anderer EU-Ländern getragen werden. Nicht erst die unterschiedlichen Haltungen deutscher und französischer Bischöfe im Gottesbezug des Lissaboner Vertrages, die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten jüngst in der Flüchtlingskrise oder die durch massive Unterstützung von Bischöfen, Klerus usw. ins Amt gehobene neue polnische Regierung oder die Unterstützung Orbans durch ungarische Bischöfe machen deutlich, dass es keine katholische Haltung zu Europa gibt. Faktisch besteht eine „europäische Soziallehre der Kirche“ nicht.

Die nationalen Bischofskonferenzen der EU-Länder räumen der COMECE höchst unterschiedliche Bedeutung ein, beschränken ihr gesellschaftliches Engagement lediglich auf die Themen der Ablehnung von Abtreibung, Stammenzellenforschung, Euthanasie und Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare. Ebenso fehlen eine kommunikative Vernetzung und ein wissenschaftlicher Austausch zwischen katholischen Ethikern der einzelnen EU-Länder, soweit es überhaupt Christliche Sozialethik als eigene Disziplin in anderen Ländern gibt. Europäische Verbindungen zwischen katholischen Laienorganisationen sind ebenfalls sehr unterschiedlich ausgeprägt, zumal die Sprachbarrieren hoch bleiben. Selbst bei einer Verständigung von Bischöfen, Wissenschaftlern und organisierten Laien im Katholischen Raum stellt sich die Frage der Verankerung solcher Positionen in breiten katholischen Bevölkerungskreisen. Analoge Verständigungsprozesse müssten aber nicht nur in und unter anderen Kirchen, sondern auch in und unter anderen Religionsgemeinschaften (etwa mit Blick auf die wachsende Zahl von Muslimen) stattfinden. Sie müsste aber auch andere weltanschauliche Gruppen (Atheisten und Agnostiker) einschließen.

Vermutlich waren diese Unterschiede in der Europapolitik immer gegeben, wurden aber von Anfang an verdrängt. Die „Gründungsväter“ der EU, De Gasperi, Schuman und Adenauer, waren immerhin deutschsprechende, deutsch-sozialisierte und an deutschsprachigen Universitäten ausgebildete Akademiker. Dies war vielleicht ebenso bedeutsam wie ihr katholischer Glaube. Schumann und De Gasperi hatten in ihrer Jugend nicht die italienische oder französische Staatsangehörigkeit, sondern die deutsche bzw. die österreich-ungarische.

Es ist also festzuhalten, dass die Intensität der europäischen Zusammenarbeit über die Gemeinsamkeiten in den Wertgrundlagen der Bürger hinausgegangen ist. Europäische Symbole (Fahne), Wegfall der Grenzkontrollen, Freiheit der Arbeitsplatzsuche und Niederlassungsfreiheit in andere EU-Länder haben keine europäische Identität herbeigeführt. Da weniger als 3% der EU-Bürger in einem anderen EU-Land arbeiten, vielleicht die Mehrheit der EU-Bürger nicht mindestens einmal im Jahr in ein anderes EU-Land reisen, hat das propagierte „EU der Bürger“ (Grenzkontrollen, Euro) für sie keinen praktischen Wert.

Handeln

Aus der Krise Europas werden zwei unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen: Die eine Position will die Integration weiter vorantreiben und mit der Bekämpfung sozialer Übel wie der Jugendarbeitslosigkeit das Ansehen der EU in vielen EU-Ländern verstärken. Durch den EURO ist bereits eine so starke Verbindung geschaffen worden, die nun durch eine gemeinsame Haushalts-, Schulden und Sozialpolitik ergänzt werden müsse. Vor allem erscheint eine Änderung der Mitgliedsstaaten der Eurozone oder gar eine Rückabwicklung des Euro als Illusion.

Die andere Haltung wäre, das Ausmaß der Europäischen Integration auf die faktischen Gemeinsamkeiten in den Wertvorstellungen der Bevölkerung zu begrenzen und damit dem Subsidiaritätsprinzip Vorrang einzuräumen. Dazu müssten Tabus wie die Grundfreiheiten (z. B. Freiheit von Arbeitskräftewanderung) in Frage gestellt und eingeschränkt werden oder auch Länder aus der Eurozone ausscheiden. Die Wanderung von Arbeitskräften bietet augenscheinlich kurzfristige Vorteile, weil in dem Entsendeland die Arbeitslosenquote sinkt, während in dem Aufnahmeland ggf. Engpässe auf dem Arbeitsmarkt überwunden werden. Wenn allerdings dauerhaft junge, besserqualifizierte und risikobereite Personen abwandern, werden die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen der EU-Länder größer. Damit steigt der Druck auf vorgebliche Migrationsgewinner wie Deutschland mehr für EU-interne Umverteilung zu leisten.

Nach meiner Überzeugung stellt der erste Weg keine Lösung dar, weil er auf Illusionen beruht, etwa der Vorstellung, dass ein Land wie Griechenland z. B. in 30 Jahren eine solch wettbewerbsfähige Wirtschaft aufbauen kann, dass sie innerhalb der Euro-Zone ohne dauerhafte Transfers mithalten kann. Die Erfahrungen im Mezzogiorno Italiens in den letzten 60 Jahren zeigen, dass entweder EU-Gelder wesentlich in die Taschen korrupter Politiker oder Parteien oder krimineller Organisationen landen und so Strukturen stabilisieren, die genau die Ursachen der Probleme sind, die man überwinden will, oder bei einer scharfen Kontrolle aus Brüssel über einen effizienten Mitteleinsatz, zukunftsorientierte Konzepte und effektive Problemlösungen Mittel nicht abgerufen werden. Heute ist Italien ebenso wenig in der Lage die Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abzurufen als dies mit den EU-Sozialfonds-Mitteln vor 50 Jahren der Fall war.

Zwar würden durch ein Ausscheiden von Ländern aus der EURO-Zone erhebliche Anpassungskosten auftreten. Allerdings kann man mit Kapitalverkehrskontrollen den „Märkten“, was Ausdruck spekulativer Investments von Banken und Hedgefonds ist, Macht nehmen, ungerechtfertigte spekulative Gewinne unterbinden und Anpassungskosten durch zu hohe Ausschläge an Börsen vermeiden. Die seit Jahren stagnierende europäische Wirtschaft und die vergeblichen Versuche der Europäischen Zentralbank, den Regierungen durch geldpolitische Maßnahmen Zeit für wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen zu geben und damit wieder Wachstum zu stimulieren, verursacht aber auch erhebliche Kosten. Falls mittelfristig in Deutschland die Sparer, Besitzer von Lebensversicherungen und Anwärter auf eine kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung keine Verzinsung erhalten, werden sich in Deutschland mehr Menschen von der EU bzw. vom Euro abwenden.

Europa muss wieder von einem geschichtsphilosophisch überhöhten Projekt auf die Realität zurückgeholt werden. Für eine solche pragmatische Perspektive war Großbritannien immer eingetreten. Trotzdem könnte der Austritt Großbritanniens zu einer Neubesinnung führen, der neue Spannungen und Konflikte sowie weitere Austrittsbestrebungen unterbinden kann.